

### **139. Hauptversammlung des Marburger Bundes**

Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e.V.  
**21./22.05.2022 in Bremen**

#### **Beschluss Nr. 20      Mutterschutzgesetz: Bundesweit gleicher Kenntnisstand der Aufsichtsbehörden gefordert**

Die 139. Hauptversammlung des Marburger Bundes hat beschlossen:

Der Marburger Bund fordert die Einbeziehung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Schutzmaßnahmen für schwangere Ärztinnen. Entscheidungen der zuständigen Behörden müssen auf gleicher Grundlage getroffen werden. Voraussetzung dafür sind ein ämter- übergreifender bundesweiter Austausch sowie regelmäßige Schulungen.

Festzustellen ist, dass die beaufsichtigenden Behörden im Umgang mit der Bewertung von Gefährdungsbeurteilungen regional sehr unterschiedlich entscheiden. So kommt es dazu, dass in einem Bundesland die weitere Berufsausübung der werdenden Mutter erlaubt ist, in einem anderen jedoch bei gleichem Tätigkeitsbereich unverständlicherweise ein Beschäftigungsverbot gilt. Das verschärft die Diskriminierung der schwangeren Ärztinnen, die ihre Berufstätigkeit weiter ausüben wollen und können.